



# GRÜNE

# Wahlplattform

der Liste *Grüne* für die Kantonswahlen 06

Gutgeheissen durch den gemeinsamen Workshop von GFL und GB vom 22. 10. 2005

## grün sozial offen bewegt

Inhalt:	2
Einleitung	3
Wahlziele	4
Umwelt schonen und umweltfreundlich verkehren!	6
Bildung fördern und Benachteiligte integrieren!	9
Gesund pflegen und betreuen	10
Finanzspielraum schaffen und regional ausgleichen!	12
Gleich stellen und angemessen bezahlen	14
Rechte sichern!	

## Einleitung

Der Kanton Bern, die Schweiz, die Welt brauchen grüne Politik. Die Klimaveränderung zeigt: Ökologische Anliegen brauchen endlich mehr Gewicht in Politik und Wirtschaft. Dafür stehen die Grünen ein.

Die Verschlechterung des sozialen Klimas und die Verhärtung der politischen Fronten in der Schweiz brauchen eine lösungsorientierte politische Kraft, die für ökologische, soziale und gesellschaftspolitische Anliegen Lösungen bringt.

Ziel der Grünen im Kanton Bern – grün+sozial+offen+bewegt – ist es, in diesem Kanton etwas zu bewegen. Dafür braucht es eine Stärkung der Grünen. Die bürgerliche Mehrheit hat sich im Kantonsparlament während der letzten vier Jahre in zahlreichen Fragen jedem Kompromiss verschlossen gezeigt. Genannt seien etwa die Personalpolitik, das Spitalversorgungsgesetz oder die Energiepolitik. Auf diese Art kommt der Kanton Bern nicht weiter.

Eine Stärkung unseres Kantons braucht neue Mehrheiten für Bildung, Ökologie, Kultur, Familienpolitik, Integration und viele weitere Themen. Ein Verharren auf alten Mustern schadet der dringend nötigen Entwicklung unseres Kantons. Grün wählen bedeutet Kurswechsel.

Denn es ist höchste Zeit für mehr grüne Politik. Soziale Sicherheit, ökologische Innovation, tatsächliche Gleichstellung, breite Bildungschancen, ein guter Service Public und garantierte Bürgerrechte sind auch im Kanton Bern möglich. Im Gesundheitsbereich haben das Personal und seine Gewerkschaften gezeigt, dass sich der Kampf für bessere Arbeitsbedingungen lohnt. Auch im Bildungs- und Umweltbereich sind breite Allianzen nötig, denn sonst wird immer mehr weggekürzt. Mehr Engagement braucht es auch zum Schutz der Grundrechte und zur Durchsetzung von Chancengleichheit – Diskriminierungen gehören für viele Frauen, aber auch für Menschen ohne Schweizer Pass, zum Alltag. An all diesen Punkten – und zahlreichen anderen – werden die Grünen weiterhin hartnäckig dranbleiben.

Im Parlament vertreten die bisher fünfzehn GrossrätInnen der Grünen Kanton Bern diese sozialen und ökologischen Interessen. Mit ihrer fundierten Arbeit und ihrer Hartnäckigkeit haben sie und ihre Parteien einen Namen gemacht. In Kommissionen, im Plenum, wie auch ausserhalb des Parlaments haben die Grünen gezeigt, dass sie konsequent und lösungsorientiert arbeiten: so in der PUK zur Krise der Lehrerversicherung, mit dem erfolgreichen Referendum gegen die überdimensionierte Zufahrt zum Flughafen Belpmoos, dem Nein zum Olympia-Strohfeuer oder mit der Annahme des Volksvorschlags „für gute öffentliche Spitäler. Diese Arbeit muss noch mehr Gewicht bekommen im Grossen Rat und im Regierungsrat.

## Wahlziele

Unsere Wahlziele sind klar:

- Bern braucht eine starke grüne Kraft. Deshalb treten in die Grünen geeint als «Grüne Kanton Bern» in allen Wahlkreisen zu den Wahlen 06 an. Im Wahlkreis Stadt Bern gibt es eine Listenverbindung zwischen Grünem Bündnis und Grüner Freier Liste, welche beide selbstständig und mit bewährtem eigenem Profil antreten.
- Unser Ziel ist es, auch auf kantonaler Ebene eine Mehrheit für «RotGrünMitte» zu erreichen. Sowohl im Grossen Rat wie im Regierungsrat.
- Als geeinte Grüne wollen wir – trotz Verkleinerung des Grossen Rates – Sitze dazu gewinnen. Die Chancen dazu sind äusserst gut. Im Regierungsrat wollen wir – gemeinsam mit der SP auf der Liste «Rot-Grün – ökologisch und sozial» einen grünen Sitz und damit die Mehrheit erreichen. Für die Grünen steigt Bernhard Pulver in die Wahlen – das grün-soziale Gewissen im Regierungsrat.

## Umwelt schonen und umweltfreundlich verkehren!

Der Kanton Bern hat die Ressourcen für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung. Was wir brauchen ist ein sorgsamer Umgang mit unseren Naturressourcen, Investitionen in Umwelttechnologien und in umweltfreundliche Mobilität. So sichert sich der Kanton Bern eine hohe Lebensqualität für seine Bevölkerung.

Die Grünen Kanton Bern setzen sich dafür ein, dass der Kanton dank erneuerbaren Energien und mehr Energieeffizienz auf die rückständige und gefährliche Atomenergie verzichtet. Unabhängige Voraussetzung dazu ist, die Energieversorgung auf erneuerbare Energien zu lenken. Der Kanton Bern hat dazu sehr gute Voraussetzungen: eine starke Umwelttechnologie-Branche und unerschöpfliche natürliche Ressourcen wie Holz, Sonne und Wasserkraft.

Gegen verstopfte Strassen, Lärm und schlechte Luft hilft nur eins: Umsteigen auf die Bahn, den Bus und aufs Velo. Dies gelingt, mit einem attraktiven Angebot des öffentlichen Verkehrs.

In der Raumordnungspolitik setzen wir uns für eine Stärkung der Zentrumsgebiete sowie die Konzentration der Siedlungsentwicklung auf optimal mit dem öffentlichen Verkehr erschlossene Gebiete ein. Dadurch lassen sich attraktive Lebensräume und Landschaften erhalten, was nicht nur der Natur, sondern auch den Menschen dient. Voraussetzung ist, dass die Naturschutzpolitik in den nächsten Jahren den Vollzug nationaler und internationaler Vorgaben garantiert.

Die Grünen Kanton Bern setzen sich auf nationaler und kantonaler Ebene für die Sicherung einer gentechnikfreien, umwelt- und tierfreundlichen Landwirtschaft ein. Eine solche Qualitätsstrategie bietet für ProduzentInnen und KonsumentInnen die besten Chancen. Eine ökologische Landwirtschaftspolitik schützt unsere Umwelt und das Landschaftsbild.

### Unsere Ziele für die nächsten 4 Jahre: **Umwelt- und Verkehrspolitik**

- Förderung neuer, erneuerbarer Energien (Holzenergie, Solarwärme, Geothermie) durch zinsfreie Investitionskredite.
- Förderprogramme für Wärme-Kraft-Koppelungsanlagen (WKK) für Ein- und Mehrfamilienhäuser durch Ankurbelung der Nachfrage (zB.- befristeter Steuerabzug).
- Förderung des Energiesparens und des effizienten Energieeinsatzes.
- Ausserbetriebsetzung des AKW Mühleberg und Verzicht auf neue AKW's und den Kauf von teurem Atomstrom. Nachhaltige Energie darf kurzfristig etwas Kosten, denn langfristig ist der Preis niedrig.
- Wir sind sehr kritisch gegenüber der geplanten Erhöhung der Grimsensee-Staumauer um 23 Meter (KW0plus). Wir teilen die Bedenken und Einwände der Umweltverbände bezüglich Naturschutz, Verfassungsmässigkeit und Energieeffizienz.
- Optimierung der bestehenden Wasserkraftanlagen durch leistungsstarke Turbinen. Sanie-

zung der bestehenden Wasserkraftanlagen entsprechend der Gewässerschutzgesetzgebung (Restwassermengen) und der Naturschutz- und Fischereigesetzgebung.

- Rasche Umsetzung der Bundesvorschriften im Bereich Lärm und Klimaschutz.
- Griffige Massnahmen zur Reduktion der Luftbelastung (Ozon, Feinstaub).
- Verbesserung der Umsteigebeziehungen zwischen den umweltverträglichen Verkehrsmitteln Velo, Bus und Bahn.
- Die umweltschonende Landwirtschaft soll mit gezielten öffentlichen Beiträgen gefördert werden.
- Förderung des umweltverträglichen Regional- und Agglomerationsverkehrs statt teure Strassenbau-Grossprojekte.
- Ausbau der Verkehrssicherheit für die schwächeren VerkehrsteilnehmerInnen (Kinder, FussgängerInnen und VelofahrerInnen).
- Umsetzung einer bundesgesetzkonforme Raumplanung zum Schutz der Landschaft.
- Verwendung der Wasserzinsen für den Renaturierungsfonds.
- Unterstützung einer gentechnikfreien, umwelt- und tierfreundlichen Landwirtschaft
- Setzen von klaren Rahmenbedingungen für den Naturschutz im UNESCO-Weltnaturerbe wie z.B. Jungfrau, Aletsch, Bietschhorn.
- Siedlungsentwicklung nur in optimal mit dem öffentlichen Verkehr erschlossenen Gebieten. Auszonung schlecht erschlossener Bauzonen.

## **Bildung fördern und Benachteiligte integrieren!**

Bildung ist die Grundlage unserer Zivilisation und unserer Gesellschaft. Eine gute öffentliche Schule und eine qualitativ hochstehende Bildung für Kinder und Erwachsene ist die wichtigste Grundlage für deren Zukunft. Alle Kinder und Erwachsene sollen darum gleiche Chancen beim Zugang zu Bildung haben. Bildung zielt auf Bewusstseinsbildung und Identifikation mit dem eigenen Lebensraum und ist darum nicht nur Wissensvermittlung sondern handlungsorientiertes, verantwortliches Lernen.

Bildung ist die wichtigste Ressource im Kanton Bern. Ohne gut ausgebildete Fachleute wird die Wirtschaft im Kanton Bern nicht wachsen. In der letzten Legislatur hat der Kanton Bern jedoch weiterhin gerade bei der Bildung gespart und damit am Ast gesägt, auf dem er sitzt. Die Folgen sind gravierend: grössere Klassen, Abbau bei den Bibliotheken, Einfrieren des Spezialunterrichts, Kürzungen bei Stipendien und bei der Weiterbildung der Lehrerinnen und Lehrer.

Eine der grossen Herausforderungen ist darum, die Integrationsfähigkeit der Schulen im Kanton Bern zu steigern. Die permanente Sparpolitik verhindert aber die Entwicklung des Bildungssystems. Gleichzeitig wachsen die gesellschaftlichen Erwartungen und Ansprüche an die Leistungen der Schule in den Himmel. Die öffentliche Schule muss heute neue Anforderungen wie Internet oder frühere Sprachförderung (Vorschule, Basisstufe) erfüllen, neue Mittel werden aber keine zur Verfügung gestellt.

Zur Bildung gehört auch ein vielfältiges Kulturangebot. Der Kanton muss Kunst und Kultur fördern und deren Mitfinanzierung sicherstellen und koordinieren. Neben dem Kultur-Schaffen ist für uns auch die Kulturvermittlung und der breite Zugang zum kulturellen Leben wichtig. Die Kulturvermittlung muss aktiv gefördert werden. Kultur darf kein Luxus für einige Wenige sein.

Massgebend ist darum heutzutage, welche finanziellen Mittel die politischen Parteien in ihren Wahl-programmen für die Bildung und Kultur fordern. Für die Grünen Kanton Bern dürfen die Bildungs- und damit die Zukunftschancen der Kinder nicht vom Portemonnaie oder der Herkunft ihrer Eltern abhängen. Investitionen in die Bildung stützen auch den Arbeitsmarkt und Stellenchancen für Jugendliche und Arbeitslose.

Im Sozialbereich ist das Leistungsniveau zu halten. Bei der Unterstützung von sozial oder finanziell benachteiligten Bevölkerungsgruppen geht es nicht einfach um materielle Unterstützung. Ziel jeder sozialpolitischen Intervention muss sein, dem Menschen seine Würde zu erhalten und zu geben. Das heisst auch, dass die Unterstützung gegeben werden muss und die Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit jeder nach seinen Möglichkeiten und leider auch Beschränkungen selbstverantwortlich und unabhängig von andern leben kann. Wer vorübergehend oder dauernd aus dem Arbeitsmarkt ausgeschlossen ist, muss im Kanton ein sicheres soziales Auffangnetz finden. Die Verschiebung von Aufgaben von Bund zu Kantonen für behinderte und ältere Menschen darf nicht auf Kosten der Betroffenen umgesetzt werden.

**Unsere Ziele für die nächsten 4 Jahre: Bildungspolitik**

- Mehr Ressourcen im Bildungsbereich: Zusätzliche finanzielle Mittel für die Volksschulen, mehr Investitionen in die Berufsmaturität und Fachhochschule und in die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses an den Hochschulen. Wirksamere bildungspolitische Massnahmen sind nicht zwingend nur mit mehr finanziellen Ressourcen zu erreichen, sondern auch indem diese Ressourcen zielgerichteter eingesetzt werden.
- Einführung der Basisstufe, entsprechend der Erkenntnisse der laufenden Pilotversuche. Die begonnenen Pilotprojekte sollen evaluiert werden. Die Möglichkeit von altersheterogenen Klassen auf allen Stufen sichert auch kleinen Schulen ihre Existenz. Zweijähriger Kindergarten, dort wo die Basisstufe noch nicht eingeführt ist.
- Integration von SchülerInnen mit besonderen Bedürfnissen, spezielle Förderung von integrativen Schulen. Förderung der musischen und gestalterischen Fächer, des Sportunterrichtes und des freiwilligen Schulsportes. Gegen den schleichenden Abbau des obligatorischen Schulsportes.
- Einführung von Blockzeiten und Tagesschulen im ganzen Kanton.
- Förderung der Schulsozialarbeit in den Gemeinden.
- Stärkere Beteiligung der Wirtschaft an der Berufsbildung durch mehr Lehrstellen. Ausbau von Brückenangeboten für Jugendliche, die keine Lehrstelle finden. Schaffen der Voraussetzung, dass alle Jugendlichen einen Abschluss auf Sekundarstufe II erreichen (Weiterbildungsfähigkeit, Lesekompetenz usw.).
- Modellvielfalt auf der Oberstufe erhalten. Wirkungen der Modelle evaluieren.
- Vermehrte Förderung der Bildungschancen von MigrantInnen und von Frauen, insbesondere auch in der Berufsbildung und auf der Hochschulstufe.
- Verbesserung der Arbeitssituation der Lehrkräfte, damit auch in Zukunft genügend gut qualifizierte Lehrerinnen und Lehrer in allen Regionen des Kantons zur Verfügung stehen. Anzustreben sind deshalb: Rücknahme der erhöhten Pflichtlektionenzahl (seit 2000), teilweise Kompensation des Lohnverlustes seit 1992, mehr Unterstützungsangebote in schwierigen Situationen (Schulsozialarbeit, Tagesschulen), mehr Entlastung durch Fachkräfte im Spezialunterricht und abteilungsweisen Unterricht, frühzeitige Vermeidung von Burn-Out.
- Sorgfältiger Aufbau der neuen pädagogischen Hochschule und Attraktivierung des Lehrberufs, auch für Berufsleute.
- Die Förderung und insbesondere Finanzierung des Kunstschaffens und der Kulturvermittlung muss auf eine präzisere gesetzliche Grundlage gestellt werden.

**Unsere Ziele für die nächsten 4 Jahre: Sozialpolitik**

- Lancierung einer Kampagne gegen die hohe Jugendarbeitslosigkeit und die hohe Zahl jugendlicher SozialhilfebezügerInnen.
- Ausbau der Massnahmen zugunsten von working poor; Ausbau der Beschäftigungsplätze für erwerbslose SozialhilfebezügerInnen und Arbeitslose.
- Schaffen von genügend Auffangnetzen für dauernd vom Arbeitsmarkt ausgeschlossenen Menschen.
- Sicherung des Standards im Behindertenbereich trotz NFA, Verzicht auf weitere Abbaumassnahmen.

- Erhalt des bestehenden Angebotes für psychisch, geistig und körperlich behinderte Menschen trotz Verschiebung der Aufgaben des Bundes an den Kanton (NFA).
- Versorgungsstrukturen im Suchtbereich weiterentwickeln: Koordination der verschiedenen Angebote namentlich in den Bereichen Suchtprävention (BEGES), Lebenshilfe und Therapie (Contact-Netz).

## Gesund pflegen und betreuen

Mit dem Referendum und dem Volksvorschlag haben wir beim Spitalversorgungsgesetz erreicht, dass der Kanton auch in Zukunft die Verantwortung für die öffentlichen Spitäler trägt und die Arbeitsbedingungen für das Gesundheitspersonal gleichwertig wie der kantonale Gesamtarbeitsvertrag sein müssen. Das ist ein grosser Erfolg. Damit sind die mit viel Aufwand eine gute öffentliche Spitalversorgung im ganzen Kanton und stabile Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen besser abgesichert. Das ist ein wichtiger Schritt. Doch die Löhne sind noch immer nicht rosig und Errungenschaften sind durch die Sparpolitik noch immer bzw. schon wieder bedroht. Noch ist ein SAR-Sparauftrag der bürgerlichen Mehrheit von 21 Mio. Franken bei den öffentlichen Spitälern hängig und bereits soll ein neues Sparpaket geschnürt werden. Eine gute öffentliche Spitalversorgung braucht aber genügend Mittel und motiviertes Personal. Zweiklassenmedizin können und wollen wir uns nicht leisten, wenn wir eine soziale und faire Gesellschaft wollen.

### Unsere Ziele für die nächsten 4 Jahre: **Gesundheitspolitik**

- Gezielte Einflussnahme des Kantons auf eidgenössische Entwicklungen in der Gesundheitspolitik (z.B. Koordination und Konzentration in der Spitzenmedizin, Pflegefinanzierung etc.).
- Umsetzung neues Spitalversorgungsgesetz: Mittels Versorgungsplanung ein gutes, umfassendes Versorgungsangebot in der somatischen und der Psychiatrieversorgung für Gesamtbevölkerung sicherstellen; effiziente Versorgungsstrukturen; vernetztes Angebot gezielt und aktiv weiter entwickeln; Konkurrenzfähigkeit der öffentlich- getragenen Spitäler gegenüber den Privatspitalern gewährleisten, sachgerechte Umsetzung des neuen prospektiven Finanzierungssystems (Fallpauschalen nach Diagnosegruppen).
- Schaffung von zusätzlichen Stellenkapazitäten bei ausgewiesenem Nachholbedarf.
- Sicherung und Stärkung der Universitätsspitäler Insel und UPD und damit Sicherung und Stärkung des Universitätsstandorts Bern.
- Umsetzung Bericht «Alterspolitik» im Kanton Bern (konkrete Handlungsfelder und Massnahmen gemäss Bericht) – zukunftsgerichtetes, bedarfsgerechtes und effizientes Versorgungsangebot für den ganzen Kanton aufbauen z.B. genügendes und spezifisches Angebote für Demenzkranke und ihre Angehörigen, Massnahmen im Bereich der präventiven Altersvorsorge, effizientere Versorgungsstrukturen Spitex; finanzielle Mittel für die flächendeckende Einführung von erfolgreichen Massnahmen/Angeboten der Pilotphase zur Verfügung stellen.
- Geordnete, sachgerechte und sozialverträgliche Umsetzung der neuen Bildungssystematik bei den Gesundheitsberufen: Aufbau und Etablierung der Fachhochschulstudiengänge (Pflege, Physiotherapie, Ernährungsberatung, ev. Hebammen); Aufbau und Etablierung der höhere Fachschulen und Schaffen von zweckmässigen, effizienten Ausbildungsstrukturen.
- Sicherstellen von fortschrittlichen Arbeitsbedingungen: vollumfängliche Umsetzung des Lohnsystems BEREBE für das Gesundheitspersonal; Lohnniveau für langjähriges/erfahrenes Fachpersonal anpassen/anheben; Umsetzung des Arbeitsgesetztes; Anpassung der Arbeitsbedingungen an veränderte Aufgaben- und Verantwortungsbereiche des Fachpersonals in folge der veränderter Berufsbilder durch die neue Bildungssystematik.

## Finanzspielraum schaffen und regional ausgleichen!

Ein attraktiver Kanton ist ein Kanton mit guten Dienstleistungen für alle und einer stabilen Finanzpolitik. Die Grünen stehen ein für eine langfristige und ausgewogene Finanzpolitik: Sicherung guter Infrastruktur und eines guten öffentlichen Angebots als wesentlicher Standortfaktor für den Kanton, Schuldenstabilisierung und –abbau durch einen ausgeglichenen Staatshaushalt, einer periodischen Überprüfung der Staatsaufgaben auf ihre Notwendigkeit, um damit wir den finanziellen Spielraum für wichtige ökologische und soziale Aufgaben zu schaffen.

Einer verantwortungslosen Abbaupolitik treten die Grünen entschieden entgegen: Sparmassnahmen sind sinnvoll und nötig, dürfen jedoch nicht auf Kosten wesentlicher Errungenschaften (wie Ökologie und soziale Sicherheit) oder auf Kosten wesentlicher Zukunftsfaktoren (wie Bildung, Kultur und Familienpolitik) gehen. So sind Sparvorschläge, welche Musikschulen in Frage stellen, den öffentlichen Verkehr ausdünnen oder die Warteliste bei Kindertagesstätten verlängern unverantwortlich. Steuersenkungen, auf Kosten der Stabilität des Kantons, sind nicht akzeptabel. Die Grünen akzeptieren keine bewusst herbeigeführte Politik der leeren Kassen.

Die Grünen wollen den Kanton Bern mit gezielten Investitionen in die Infrastruktur und die Bildungs-, Familien- und Sozialpolitik attraktiver machen – und gleichzeitig die Kantonschulden Schritt für Schritt reduzieren.

Mit dem Engagement für eine eidgenössische Erbschafts- und Schenkungssteuer sowie dem Verzicht auf die unsoziale Pauschalbesteuerung und andere Steuergeschenke entstehen für den Kanton Mehreinnahmen. Mit dem Verzicht auf unnötigen Infrastruktur-Luxus und falsche Projekte kann hingegen gespart werden – zwei Beispiele: die von den Grünen verhinderte überdimensionierte Belpmoos-Zufahrt oder das verfehlte Olympia-Projekt. Verfehlungen wie bei der Lehrerversicherungskasse dürfen sich nicht wiederholen. Die Grünen haben dazu beigetragen, dass hier Transparenz geschaffen und Lehren für die Zukunft gezogen wurden.

Die Grünen verteidigen einen hohen Standard beim Service Public. Der Kanton Bern braucht qualitativ hochstehende Bildungsangebote für alle, einen ausgebauten öffentlichen Verkehr, eine differenzierte Kulturförderung und uneingeschränkten Zugang zu lebenswichtigen Gütern wie Strom und Wasser. Öffentliche Dienstleistungen für alle zu günstigen Preisen und mit fairen Arbeitsbedingungen für die Angestellten, das ist unser Ziel.

### **Entwicklung und Regionalpolitik: Stadt und Land gemeinsam**

Der Kanton Bern besteht aus Zentren, Agglomerationen und ländlichen Gebieten. Zwischen diesen Regionen braucht es verbesserte Ausgleichsmechanismen, Koordination und Solidaritäten. Nicht gegeneinander, sondern miteinander sind die Voraussetzungen für eine gerechtere Finanz- oder eine landschaftsschonende Raumplanungspolitik zu erreichen. Die Zentrumsstädte und ihre Rolle als Ort der gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Innovation unterstützen ist dabei ebenso wichtig wie der Ausgleich und die Förderung der Berg- und Landregionen.

Die Grünen setzen sich für eine wirkungsvolle überkommunale Zusammenarbeit ein und streben eine Verbesserung insbesondere bei der Abstimmung von Verkehrs- und Siedlungsplanung an. Dabei ist im Kanton die Rechtsgrundlage für verbindlichere regionalere Zusammenarbeitsstrukturen zu schaffen, welche die Gemeinden in demokratischer Weise in die Entscheide einbinden.

#### **Unsere Ziele für die nächsten 4 Jahre: Finanz- und Wirtschaftspolitik**

- Höhere Attraktivität des Kantons als Wohn- und Wirtschaftsstandort durch ein gutes Leistungsangebot im Gesundheits-, Bildungs- und Familienbereich sowie durch Investitionen in den öffentlichen Verkehr und in erneuerbare Energien.
- Verzicht auf nicht finanzierbare Steuersenkungen, Engagement für eine Erbschafts- und Schenkungssteuer auf nationaler Ebene, Verzicht auf ungerechte Pauschalbesteuerung und andere Formen von Steuergeschenken.
- Sparmassnahmen durch Verzicht auf unnötige Aufgaben und Projekte und durch Effizienzsteigerungen, Verzicht auf undifferenzierte Sparpakete namentlich im Bildungs-, Umwelt-, Sozial- und Kulturbereich. Schrittweiser Abbau der Kantonsschulden.
- Investitionen in den Ausbau der familienergänzenden Kinderbetreuung und zur Stärkung der Bildungsqualität.
- Zurückhaltung üben bei weiteren Privatisierungen und Auslagerungen von staatlichen Aufgaben an Private. Der Staat soll seine Aufgaben und Steuerungsfunktionen, die einen nicht diskriminierenden Zugang aller BürgerInnen zu einem qualitativ guten öffentlichen Dienstleistungsangebot sicherstellen, weiterhin selbst wahrnehmen.
- Widerstand gegen Bestimmungen internationaler Abkommen (GATS/WTO), welche für das öffentliche Beschaffungswesen sozial und ökologisch problematische Ausschreibungen zur Folge haben.

## Gleich stellen und angemessen bezahlen

Frauen verdienen deutlich weniger als Männer. Jede sechste Frau verdient weniger als 3'500 Franken im Monat. Erste Erfolge im Kampf um existenzsichernde und fairere Löhne haben wir erreicht. Doch von Lohngerechtigkeit sind wir noch weit entfernt. Wo viele Frauen arbeiten, sind die Löhne tief, z.B. im Gesundheitswesen.

Der Kanton Bern darf sich als Arbeitgeber nicht um anständige Löhne und Lohngerechtigkeit drücken, denn volkswirtschaftlich zahlt sich Tieflohnpolitik nicht aus. Schon heute liegt das Volkseinkommen im Kanton Bern unter dem schweizerischen Durchschnitt, noch weiter darf die Negativspirale nicht drehen. Eine fortschrittliche Personal- und Gleichstellungspolitik ist nötig, auch bei der Arbeitszeit und bei der familienexternen Kinderbetreuung. Untersuchungen zeigen: im Kanton Bern ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für jüngere Familien ein riesiges Problem. Auch die vom Grossen Rat verabschiedete Wirtschaftsstrategie fordert mehr familienergänzende Betreuungsplätze im Vor- und Schulalter. Taten statt Worte sind hier in den kommenden Jahren dringend nötig. Davon profitieren nicht nur Frauen – auch Männer können mehr Verantwortung in der Familie übernehmen und Kinder haben mehr von ihren Vätern.

### Unsere Ziele für die nächsten 4 Jahre: **Gleichstellungs- und Familienpolitik**

- Lohndiskriminierung von typischen Frauenberufen wie z.B. Kleinkindererzieherinnen verhindern.
- Ausreichendes Angebot an familienbegleitender Kinderbetreuung (Kindertagesstätten und Tagesschulen), auch während der Schulferien.
- Massnahmen gegen Familienarmut in der Sozialpolitik und im Steuersystem, speziell auch für Alleinerziehende.
- Genügend Ausbildungsplätze in der Berufsbildung oder alternative Angebote.
- Förderung einer breiteren Berufswahl von jungen Frauen und damit bessere berufliche Chancen für die Frauen.
- Weiterführung der Massnahmen gegen häusliche Gewalt.
- Konsequente Umsetzung der kantonalen Gleichstellungsrichtlinien; Gleichstellungscontrolling in der Kantonsverwaltung.

### Unsere Ziele für die nächsten 4 Jahre: **Personal- und Arbeitspolitik**

- Massnahmen zur Verkürzung der Arbeitszeit beim kantonalen Personal (z.B. zusätzliche Ferienwoche, Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit). Einführen eines Adoptionsurlaubs und eines Elternurlaubs.
- Transparentes und berechenbares Lohnsystem im öffentlichen Sektor, welches ein angemessenes Lohnwachstum und konkurrenzfähige Löhne sichert.
- Lohntransparenz, auch bei den Kaderlöhnen.

- Entstehen einer Lohnschere zwischen gut verdienenden und schlechter Verdienenden Menschen (auch in der Kantonsverwaltung) verhindern, gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit, Garantie von existenzsichernden Löhne.
- Neue Arbeitszeitmodelle und Ausbau der Mitbestimmung, auch für das Staatspersonal. Druck auf die Regierung, sich für Gesamtarbeitsverträge in Branchen einzusetzen, in denen es noch keine GAV gibt (z.B. Verkauf).
- Deregulierungen mit negativen Auswirkungen auf das Personal verhindern
- Massnahmen zur Bekämpfung von Schwarzarbeit (z.B. keine öffentlichen Aufträge und Subventionen für Arbeitgeber, die SchwarzarbeiterInnen ausbeuten).

## Rechte sichern!

Für die Grünen Kanton Bern ist klar: Grundrechte schaffen Sicherheit. Sie schützen vor Willkür und sind das Fundament einer Demokratie.

Grundrechte sind immer auch die Grundrechte der Minderheiten. Gerade die Rechte der Minderheiten müssen im Kanton Bern laufend verteidigt und neu eingefordert werden. Das Recht, anders zu leben als die Mehrheit, ist ebenso ein Grundrecht wie das Recht auf freie Meinungsäusserung, das Recht auf Obdach, die Gleichberechtigung und Gleichstellung von Homosexuellen, die sozialen Rechte von Behinderten oder das Recht auf Überwachungsfreiheit.

Die Grünen Kanton Bern verteidigen die Recht von MigrantInnen im Kanton Bern. Sie sollen nicht nur vor fremdenfeindlichen und rassistischen Übergriffen geschützt werden, sondern als gleichberechtigte und selbstbestimmte Menschen hier leben können. Wichtige Schritte dazu sind die erleichterte Einbürgerungen und das Stimm- und Wahlrecht. Eine Lösung muss auch für die Sans-Papiers im Kanton Bern gefunden werden. Wir setzen uns für eine kollektive Regularisierung ein, aber auch die Garantie von Menschenrechten auf Gesundheitsversorgung oder Bildung, müssen durchgesetzt werden.

In der Sicherheitspolitik ist dem Schutz der Grundrechte besonderes Gewicht zu geben. Sicherheit – auch subjektive Sicherheit – ist ein von den Grünen anerkanntes Anliegen. In der Abwägung der Interessen sind auch die Sicherheitsbedürfnisse der Bevölkerung zentral. Im Rahmen der Tätigkeit der Polizei darf jedoch der demokratische Rechtsstaat nie die zentralen Grundrechte übergehen. Eine qualitativ gute Polizei ist für die Sicherung grüner und sozialer Anliegen wichtig: Die Polizei ist es, die mit ihrem Gewaltmonopol namentlich sozial Schwächere vor Gewalt schützen kann. Umso wichtiger ist es für die Grünen, dass durch eine öffentliche Kontrolle Vertrauen in die Polizeiarbeit geschaffen wird.

### **Unsere Ziele für die nächsten 4 Jahre: BürgerInnenrechte und Demokratie**

- Im Bereich der Fürsorge und anderer Sozialdienstleistungen muss Rechtsstaatlichkeit herrschen: Der Zugang zu den Verwaltungsstellen muss für alle unbürokratisch und einfach sein. Werden Leistungen abgelehnt oder gekürzt, haben die Betroffenen ein Recht auf Begründung und Rechtsbelehrung, damit sie sich gegen diese Entscheide wehren können.
- Keine Streichung der Nothilfe bei abgewiesenen Asylsuchenden. Asylsuchende und Sans Papiers haben wie Schweizerinnen und Schweizer Anrecht auf Schutz ihrer Grundrechte.
- Schaffung einer kantonalen Ombudsstelle und Ausbau der Fachstelle für Datenschutz.
- Der öffentliche Raum gehört allen. Keine Bettelverbote und keine Ausgrenzungen.
- Erleichterte Einbürgerung, speziell auch für jugendliche MigrantInnen. Rechts-sicherheit und Beschleunigung bei den Einbürgerungsverfahren, Verzicht auf die hohen Einbürgerungsgebühren.
- Schaffung einer Fachstelle für Integration und Einführung des Stimm- und Wahlrecht für AusländerInnen in kommunalen und kantonalen Fragen.

- Regularisierung der Sans-Papiers.
- In der Drogenpolitik müssen Prävention, Betreuung und Therapie zulasten der Repression ausgebaut werden. Die tolerante Drogenpolitik der Schweiz der letzten zehn Jahre darf nicht abgebaut werden (Beispiel: Tolerierung der Hanflädeli).
- Auch beim sog. «unfriedlichen Ordnungsdienst» müssen die PolizistInnen Namens- oder Nummernschilder tragen. Polizeiliche Übergriffe gegen AusländerInnen oder Angehörige von Minderheiten dürfen nicht toleriert werden. Es braucht im Kanton Bern eine unabhängige Kommission, welche die Polizei kontrolliert und bei Fehlverhalten eingreift.
- Die Grünen nehmen eine kritische Haltung zum kantonalen Projekt Police Bern ein. Eine Umsetzungslösung muss zwingend folgende Grundbedingungen erfüllen: Keine finanzielle Mehrbelastung der Gemeinden, Sicherstellung eines mindestens gleichwertigen Dienstleistungsangebots, Entscheidungsprimat der politischen Gemeindebehörden bei Einsätzen und die Gemeinde betreffenden Aufgaben und Angelegenheiten, demokratische Aufsichts- und Kontrollinstanzen. Schaffung einer Ombudsstelle für polizeiliche Angelegenheiten.